LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/14185**

13.03.2017

Mündliche Anfrage

für die 138. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 15. März 2017

Geschäftsbereich des Ministeriums für Schule und Weiterbildung

89 Abgeordnete
Ingola Schmitz FDP

Umgang mit politischer Radikalisierung bei nordrhein-westfälischen Lehrkräften – Wie reagiert Schulministerin Löhrmann konkret auf Fälle wie den „Reichsbürger-Vorfall“ am öffentlichen Essener Berufskolleg West?

Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) berichtet am 25. Februar 2017 in ihrer Essener Ausgabe mit dem Artikel „Wenn der Lehrer wie ein Reichsbürger klingt“ von dem spektakulären Fall einer Lehrkraft, der über Jahre hinweg die Präsentation von Gedankengut aus der Sphäre der Reichsbürger im Unterrichtsgeschehen vorgeworfen wird. Ausweislich der Berichterstattung stellt sich der Sachverhalt folgendermaßen dar:

Die Lehrkraft soll bereits seit über drei Jahren regelmäßig damit auffallen, die Auszubildenden in unterschiedlichen Fachklassen staatskritisch zu unterweisen, indem beispielsweise die Legitimität des deutschen Staates geleugnet wird, Schüler aufgefordert werden, Anweisungen der Polizei daher auch nicht Folge zu leisten und keine Zahlungen an staatliche Institutionen zu erbringen. Seit Jahren werden Auszubildende bei der Schulleitung vorstellig und beschweren sich dort, dass anstelle von prüfungsrelevanten Unterrichtsinhal-

Datum des Originals: 13.03.2017/Ausgegeben: 13.03.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

ten in den eigentlich vorgesehenen Lehrplanfächern die radikalen politischen Auffassungen dieser Lehrkraft die Unterrichtszeit ausfüllen. Mehrere pädagogische Krisengespräche der Schulleitung mit der betroffenen Lehrkraft sind aber offenbar bislang ohne eine Verhaltensänderung erfolglos verlaufen. Von dienstrechtlichen Maßnahmen einer Sanktionierung der wiederholten Vorfälle ist bislang in der Schulgemeinde nichts bekannt. Noch zum Zeitpunkt des öffentlichen Bekanntwerdens der gravierenden Vorwürfe hat die Lehrkraft ihren Unterricht uneingeschränkt am öffentlichen Berufskolleg West in der Stadt Essen abgehalten.

Die WAZ berichtet ferner, dass die seit Jahren der Schulaufsicht des Landes bekannten Vorfälle bislang zu keiner erkennbaren Reaktion geführt haben. Parallel warnt Innenminister Ralf Jäger regelmäßig und zunehmend ernsthaft vor der ansteigenden Verbreitung des Gedankenguts von Reichsbürgern sowie den davon ausgehenden Gefahren und fordert alle staatlichen Stellen zur Mitwirkung bei einer entschlossenen Begegnung des Reichsbürgerphänomens auf. Im Ressort der grünen Schulministerin sind diese Appelle bislang offenbar nicht auf fruchtbaren Boden gefallen.

Im Online-Leserforum der WAZ bestätigen Schüler die behaupteten Vorfälle. Eine davon betroffene Auszubildende schreibt exemplarisch im Wortlaut folgendes:

„Er ist einer meiner Lehrer. Ich gehe wegen meiner Ausbildung zu dem Berufskolleg und habe seit zwei Jahren immer wieder bei diesem Lehrer Unterricht. Es wird Zeit, dass etwas gegen ihn unternommen wird, da unser Unterricht meistens nur daraus besteht, was für verrückte Thesen er wieder zu erzählen hat und was er wieder zu der Polizei oder anderen gesagt hat.“

Nach Darstellung in der Berichterstattung besitzt die Schulleitung offenbar doch ein Problembewusstsein in dieser Angelegenheit, erfährt aber wohl keinerlei Unterstützung des Landes, um wieder einen geordneten Unterrichtsbetrieb zu ermöglichen.

Das spektakuläre Dauerproblem am Essener Berufskolleg West dürfte nicht der einzige Fall in der Amtszeit dieser Schulministerin sein, der in puncto Radikalisierung von Lehrkräften bislang aktenkundig geworden ist. Der Vorfall wirft daher die Frage auf, wie verbreitet derlei Geschehnisse sind und warum seitens des Landes bislang keine wirksamen Reaktionen auf diese Vorfälle erfolgen. Die Schulministerin sollte dem Landtag daher detailliert darlegen, wie sich der konkrete Reichsbürger-Fall in Essen nach ihrem Kenntnisstand darstellt und wie viele ähnlich gelagerte Beschwerden über radikalisierte Lehrkräfte ihr in ihrer Amtszeit vorgelegen haben. Politisch ist auch aufklärungsbedürftig, wie die Schulministerin mit den vorliegenden Fallkonstellationen in der Zukunft umzugehen gedenkt und es bislang gehandhabt bzw. eher unterlassen hat. Die Schulministerin sollte hierzu eine ausführliche Darlegung gegenüber dem Landtag vornehmen.

Politisch radikale oder verirrte Pädagogen dürfen im Unterrichtsgeschehen nicht länger eine Chance haben, ihr inakzeptables Gedankengut an junge Menschen zu vermitteln.

Wie reagiert Schulministerin Löhrmann konkret auf Fälle wie den „Reichsbürger-Vorfall“ am öffentlichen Essener Berufskolleg West?